

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Förderung der Wissenschaften</u> ----- Zu einer Großen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion	48
2 - 3	<u>Die soziale Seite des Bundeshaushalts verblaßt</u> ----- Vernachlässigung großer Gemeinschaftsaufgaben Von Helmut Rhode, MdB	69
4 - 5	<u>Ja, ja, die Weihnachtsgans</u> ----- Kochtopf und Regierungspolitik Von Harri Bading, MdB	62
5	<u>Reise für Deutschland</u> ----- Zum Asienbesuch des Bundespräsidenten	28
6 - 7	<u>Aspekte der Entstalinisierung in Bulgarien</u> ----- Auch in Sofia fordern jüngere Parteikader "mehr Sachlichkeit" Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	67

Chefredakteur Günter Markscheffel

Förderung der Wissenschaften

Zu einer großen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion

sp - Die sowjetischen Politik der letzten Jahre hat dazu geführt, daß man den Ost West-Gegensatz auch in der Bundesrepublik fast ausschließlich als ein militärisches Problem betrachtete. Der Rüstungswettlauf beherrschte nicht nur die Gemüter, sondern auch die Finanz- und Wirtschaftspolitik. Diese Einstellung entsprach und entspricht dem natürlichen Sicherheitsbedürfnis der meisten Menschen, die im Falle einer Aggression sich auf eine nach menschlichem Ermessen wirksame Verteidigung verlassen möchten.

Unabhängig davon setzt sich jedoch immer mehr die Auffassung durch, daß die annähernde Rüstungsgleichheit in Ost und West Chancen zur Vermeidung einer entsetzlichen Katastrophe in sich birgt. Gerade auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise hat sich diese Überzeugung vertieft.

Die freie Welt weiß sich eins in der Überlegung, daß die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf der Tagesordnung der internationalen Politik bleibt. Diese Auseinandersetzung kann unterschiedliche Formen annehmen. Sie zeichnet sich ab im Ringen um die Gunst der Neutralen, sie äußert sich in einem immer schärfer werdenden Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten und sie findet ihren Ausdruck in den Versuch, die wissenschaftlichen Leistungen zu verbessern, um mit deren Hilfe die Überlegenheit der einen oder anderen Seite zu steigern. Dieser Prozeß hat sowohl im Westen als auch im Osten sein eigenes Gewicht in der Innen- und Außenpolitik erhalten.

In den Staaten des Ostblocks ist die Förderung der Wissenschaften mit allen ihren Aspekten ein gewaltiger Motor zur Steigerung des Selbstbewußtseins von Völkern geworden, die zum Teil noch vor wenigen Jahrzehnten mehr als 50 Prozent Analphabeten hatten, über keine eigene starke Industrie verfügten und ihre Rohstoffe nur unzulänglich verwerteten. Im Westen dagegen, wo in den meisten Ländern der Prozeß der Industrialisierung schon vor mehr als einem Jahrhundert eingesetzt hatte, betrachtete man die Förderung der Wissenschaften als eine selbstverständliche Begleiterscheinung des modernen Lebens, ohne ihr besondere Impulse zu geben.

In der Bundesrepublik hat nun die Sozialdemokratie in einer langwierigen Auseinandersetzung mit den stagnierenden Elementen des öffentlichen Lebens das Problem der modernen Wissenschaftsförderung zu einem der wichtigsten Anliegen der Innenpolitik gemacht. Seit dem SPD-Parteitag in München (1956) wo der berühmte "Antrag 100" angenommen wurde, in diesem Antrag fordert die Sozialdemokratie eine großzügige und über die Ländergrenzen hinausgehende Förderung der Wissenschaften - haben sich die hervorragendsten Geister unseres Volkes die in diesem Antrag niedergelegten Grundgedanken zu eigen gemacht.

Jetzt wird die Bundestagsfraktion der SPD in einer Großen Anfrage die Bundesregierung auffordern, unserem Volkes zu sagen, wie sie sich die Entwicklung an den deutschen Universitäten in den nächsten zwanzig Jahren vorstellt. Auch in diesem Falle wird von der Deutschen Sozialdemokratie eine der großen Gemeinschaftsaufgaben zur Diskussion gestellt, in der Erwartung, daß sich die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien ihrer Bedeutung endlich bewußt werden.

Die soziale Seite des Bundeshaushaltes verblaßt

Von Helmut Rhode, MdB

Eines ist zunächst bei der Betrachtung des Haushaltsplanes für 1963 festzustellen: Aufwendungen für wesentliche Sozialleistungen, die der Bund zu erbringen hat, sind augenfällig zurückgegangen. In der Kriegspflerversorgung bleibt der neue Etatbetrag um 320 Millionen DM hinter dem Rechnungsergebnis von 1961 zurück. Auch die vom Bund zu finanzierenden Aufwendungen für das Kindergeld an Zweitkinder sind rückläufig. Die engherzige, bei 600 DM liegende Einkommensgrenze, die bei der Kindergeldgewährung für Zweitkinder zugrunde gelegt wird, hat es mit sich gebracht, daß allein in diesem Jahr über 300 000 Kinder wieder aus dem Familienlastenausgleich herausmanövriert worden sind.

In beiden Fällen handelt es sich nicht um zufällige Einzelercheinungen. Setzt man insgesamt die Sozialausgaben des Haushalts in Beziehung zu den Gesamtausgaben des Bundes, dann ergibt sich folgendes Bild: 1953 wurden von 100 DM Bundesausgaben rund 32 DM für soziale Zwecke ausgegeben; 1963 werden es noch etwa 23 DM sein. Auch gemessen am Sozialprodukt - also an der gesamtwirtschaftlichen Leistung - ist dieser Anteil rückläufig.

Blank gibt es zu

Bundesarbeitsminister Blank hat diese Entwicklung nicht bestritten. Er hat sie begrüßt. Vor dem Bundestag bezeichnete der Bundesarbeitsminister kürzlich den Rückgang der Sozialleistungen als einen "Fortschritt". Er hat sich damit auf die Seite jener konservativen Sozialtheoretiker geschlagen, die den sozialen Ausgleich und seine gesellschaftspolitisch bedeutsame Funktion für die Stabilisierung einer Industrie-Nation mit laxer Manier bagatellisieren.

Unberücksichtigt bleibt bei der These von Blank auch, daß die Sozialpolitik wesentliche Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit und die Entfaltung der Menschen in der heutigen Gesellschaft zu schaffen hat. In dieser Beziehung ist bemerkenswert, daß der Finanzbericht der Bundesregierung nicht ein überzeugendes Wort über die großen Gemeinschaftsaufgaben unserer Zeit enthalten hat, wie sie sich beispielsweise auf dem Gebiet der Volksgesundheit und der Förderung des kulturellen und beruflichen Aufstiegs des einzelnen durch ein zeitgerechtes

und ausreichendes System der Ausbildungsbeihilfen ergeben.

Was soll werden ?

Im Lichte der Sozialpolitik betrachtet, ist der Haushaltsplan für 1963 im ganzen ein beunruhigendes Dokument. Was macht nun aber derjenige der selbst empfindet, daß er mit dem, was er anzubieten hat, nicht recht überzeugen kann? Zumeist Versprechungen! So hat denn auch die Bundesregierung, um den Eindruck ihrer ersten Jahresbilanz zu verwischen, einen Trost mit dem Hinweis auf ein künftiges "Sozialpaket" zu geben versucht. Dazu ist deutlich festzustellen, daß sich für ein "Sozialpaket" überhaupt keine Finanzgrundlagen im vorgelegten Haushaltsplan finden. Gegenüber dieser fehlenden Vorsorge hielt die Regierung den weiteren unsicheren Trost bereit, man werde sehen, was sich später in einem Nachtragshaushalt machen ließe - den im übrigen die Regierung schon jetzt mit vielen "wenn" und "aber" bedacht hat. Die Unsicherheit bleibt also.

Die Regierung erklärte, die Gesetze dieses "Pakets" sollten als "Einheit" behandelt werden. Diese Bemerkung wirft sofort eine ernste Frage auf. Soll beispielsweise mit der sinnvollen Gestaltung des Familienlastenausgleichs, mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und mit der Verbesserung der Kriegsopferversorgung solange gewartet werden, bis der letzte Paragraph aus diesem "Päckchen", in das übrigens die Bundesregierung unter anderem auch die zusätzliche Kostenbeteiligung im Krankheitsfall und eine Reihe anderer sehr bedenklicher Vorhaben "eingebündelt" hat, durch alle Instanzen der Gesetzgebung gelaufen ist?

Eines sei offen gesagt: Es geht in der Sozialpolitik nicht um "Pakete" oder "Päckchen", sondern darum, daß der Bundestag die Gestaltung der sozialen Rechte und Aufgaben sinnvoll in seinen Arbeitsplan einordnet, sich ihrer Dringlichkeiten bewußt wird und sich nicht durch das Schlagwort vom "Sozialpaket" davon abbringen läßt, heute und morgen das zu tun, was notwendig erscheint und getan werden muß.

Dieser Einwand ist durch Erfahrung begründet. Seit einem Jahr hat es die Bundesregierung verhindert, daß die Kriegsopferversorgung und der Familienlastenausgleich verbessert und offensichtliche Härten der Rentengesetzgebung behandelt werden - um nur einige Beispiele zu nennen. Seit einem Jahr hören wir von der Regierung immer wieder das gleiche Wort: "Später, später!". Er sehe die Einheit des "Pakets", sagt Blank. Wir aber sehen die Menschen und die Familien, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, für die soziale Verantwortung praktiziert werden muß.

Ja, ja, die Weihnachtsgans

Von Harri Bading, MdB

Wie der Truthahn in England, ist die Gans in Deutschland der begehrte Weihnachtsbraten. Jahr für Jahr müssen etwa fünf Millionen Gänse ihr Leber lassen, um in den Bratöfen der bundesrepublikanischen Haushalte und Gaststätten zu bruzzeln.

Von diesen fünf Millionen Gänsen wird aber nur die Hälfte in Deutschland gemästet, die andere Hälfte stammt aus dem Osten, vornehmlich aus Polen. Die deutschen Gänse werden zum weitaus größten Teil von den Züchtern selbst gegessen oder gehen im direkten Erzeuger-Verbraucherverkehr ihrer Bestimmung entgegen. Nur zum geringen Teil erscheinen sie auf den Großmärkten, wo sie aus verschiedenen Gründen hohe Preise erzielen. Die Geflügelmärkte unserer Großstädte werden nicht von der deutschen, sondern von der polnischen Gans beherrscht. Ihr Preis entscheidet, ob sich ein größerer oder kleinerer Kreis der Bevölkerung den beliebten Weihnachtsbraten leisten kann oder nicht.

Im vergangenen Jahr kosteten polnische Gänse frei Grenze 2,57 DM je Kilogramm. In diesem Jahr werden sie für 2,51 DM angeboten, also ein paar Pfennige billiger. Der Großhandelspreis betrug 1961 3,10 DM, in den vergangenen Monaten aber 4,04 DM, also 94 Pfennige mehr. Im Einzelhandel ist der Preisunterschied noch größer.

An der Verteuerung der Gänse ist in diesem Jahr nicht der Handel schuld, sondern weil das bisherige Zollsystem durch die EWG-Marktordnung ersetzt wird. Bisher waren die Importgänse durch Zoll und Umsatzausgleichsteuer belastet, jetzt durch den Abschöpfungsbetrag und die Umsatzausgleichsteuer.

Warum aber ist die Abschöpfung höher, so fragt sich der Verbraucher, als der bisherige Zoll? Die Frage ist durchaus berechtigt, ihre Beantwortung leider etwas kompliziert. Im Grunde genommen liegt es an der falschen Agrarpreispolitik der Bundesregierung, deren Ziel allein auf die Hochhaltung der Preise für die Bodenerzeugnisse - Getreide, Futtermittel u.a. - gerichtet war, nicht aber auf ein richtiges Verhältnis der Preise für Futtermittel zu den Preisen für die aus ihnen hergestellten Veredelungserzeugnisse wie Fleisch, Eier oder Geflügel. Daher ist auch der Anteil der deutschen Landwirtschaft an der Versorgung des Marktes mit Eiern und Geflügel so niedrig. Die Chance, die sie aus der stetigen Wohlstandsentwicklung der Verbraucher und der aus ihr resultierenden starken Steigerung der Nachfrage an Eiern und Geflügel ergab, konnte von den Bauern wegen der übertriebenen Hochhaltung der Futtermittelpreise nicht wahrgenommen werden.

Durch die EWG-Marktordnung soll diese falsche Agrarpreispolitik korrigiert werden; die Abschöpfungsbeträge bei den Veredelungserzeugnissen sollen im richtigen Verhältnis zu den Abschöpfungsbeträgen für die Futtermittel stehen. Das wäre an sich richtig, aber es bedeutet, daß die Abschöpfungsbeträge für Eier, Fleisch und Geflügel gegenüber den bisherigen Zöllen für diese Veredelungserzeugnisse erhöht werden müssen, solange sich die Bundesregierung jeglicher Ermäßigung der Futtermittelpreise widersetzt.

Nun, die Erhöhung der Preise für die Weihnachtsgänse ist eine unpopuläre Sache. Deshalb hat die Bundesregierung bei der EWG-Kommission in Brüssel eine Ermässigung der Abschöpfungsätze für Gänse bis Ende dieses Jahres, also wohlgerneht nur für die Weihnachtsgänse, beantragt und erhalten. Dieser Ermässigung muß der Bundestag noch zustimmen. Hierbei hat aber die Bundesregierung nicht mit der Grünen Front in der CDU und FDP gerechnet.

Die Preise für die deutschen Gänse haben zwar nichts mit den Preisen für die polnischen Gänse zu tun, trotzdem soll jede Möglichkeit der Preisermässigung oder die Verhinderung einer Preiserhöhung unterbunden werden. CDU und FDP machen diese Praktiken mit. In der vergangenen Woche sollte im Bundestag abgestimmt werden. Die Regierungsparteien wollten den Antrag ihrer eigenen Regierung ablehnen und damit eine Zehnpfund-Gans um etwa sechs Mark verteuern.

In letzter Minute wurde ein Vertagungsantrag gestellt - wahrscheinlich aus handelspolitischen Erwägungen. Verhandlungen stehen bevor. Man will die Polen nicht verprollen. Die Regierungsparteien können sich noch einmal besinnen. In der nächsten Woche aber müssen sie Farbe bekennen.

+ + +

Reise für Deutschland

sp - Für drei Wochen hat Bundespräsident Lübke die Bürde einer Reise auf sich genommen; die ihn nach Pakistan, Thailand und Indien führen wird - in Länder, von denen eines, Indien, im Kriege mit seinem mächtigen nördlichen Nachbarn steht. Trotz der äusseren Gefahr, der sich dies Land ausgesetzt sieht, legte seine Regierung sehr viel Wert darauf, das schon lange geplante Besuchsprogramm abrollen zu lassen. Der indische Ministerpräsident und sein deutscher Besucher werden sich gewiss viel zu sagen haben.

Die Reise in diese Staaten und die Gespräche mit den führenden Repräsentanten dienen der gegenseitigen Unterrichtung, wobei neben den eigenen Sorgen auch Fragen der Weltpolitik der ihnen gebührenden Rang erhalten. Besondere Bedeutung misst Bundespräsident Lübke der Entwicklungshilfe bei; in allen drei Ländern können sich die deutschen Leistungen, nicht immer nur aus Kapitalzuwendungen bestehend, wohl sehen lassen. Alle drei Länder stehen in einem verzweiferten Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheiten; diesen Ländern gilt es nach besten Kräften zu helfen, um sie in den Stand zu versetzen, den Anschluss an das moderne Industriezeitalter zu gewinnen. Aber auch in anderer Hinsicht ist diese Reise - die erste eines deutschen Staatsoberhauptes, von grosser Bedeutung. Es gilt, neue Freunde zu werben und die bestehenden Bande der Freundschaft noch fester zu knüpfen. Im Chor der asiatischen Völker sind die Stimmen von Pakistan, Indien und Thailand - zusammengenommen sind es fast 600 Millionen Menschen - nicht zu überhören, auch kann es für uns nicht gleichgültig sein, welches Deutschlandbild in diesen Ländern herrscht und wie sich in deren Auffassungen die Tragik des gespaltenen Deutschland spiegelt. Wir können guten Glaubens sein, in unserem Bundespräsidenten den würdigsten Interpreten unserer Sorgen, Nöte und Hoffnungen zu finden.

+ + +

Aspekte der Entstalinisierung in Bulgarien

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die Palastrevolution im Parteipalast von Sofia, wo gegenwärtig der VIII Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens (KPB) tagt, hat die zweite Runde der Entstalinisierung in diesem Lande eingeleitet. Sie ist ganz offensichtlich mitbedingt worden durch die auf dem XXII. Kongreß der sowjetischen KP eingeleitete Entwicklung in der Sowjetunion. Wie nach dem XX. sowjetischen Parteikongreß - Einleitung der ersten Entstalinisierungsperiode - der Abstieg des bulgarischen Stalingünstlings und Alleinherrschers Vlko Tschewenkoff begann, wurde er nun nach der Verbannung Stalins aus dem Mausoleum mit seiner Verbannung aus der KPB beendet.

Der Radius der bulgarischen "Enttscherwenkoffisierung" war jedoch ungleich breiter und erfasste Personen, die ursprünglich kaum mit dem Namen des bulgarischen Exdiktators in Verbindung gebracht worden waren. Insbesondere die Absetzung des seit 1956 Ministerpräsident gewesenen Anton Jugoff und sein Ausschluß aus dem ZK und Politbüro überraschte allgemein.

Die Vorwürfe, die gegen Jugoff in diesem Zusammenhang erhoben werden, beziehen sich auf Vergangenheit und Gegenwart zugleich. Einer der wichtigsten Vergangenheitsaspekte ist, daß Jugoff während seiner Zeit als Innenminister (1944 - 1949), also noch in der Zeit Dimitroffs, mit dessen Tod erst die großen Säuberungen in Bulgarien einsetzten, die "sozialistische Gesetzmässigkeit" verletzt haben soll. Überraschend wird nun Jugoffs Name mit der Hinrichtung des damaligen Parteisekretärs Traitscho Kostoff in Verbindung gebracht, der 1949 mit den übelsten Vorwürfen diffamiert, heute jedoch wieder als "brillianter Führer" erwähnt wird.

Jetzt erinnert sich fast jeder Kongreßredner der persönlichen und politischen Fehler Jugoffs, die einst seinen weiteren politischen Aufstieg keineswegs hinderten. Diese Ungereimtheit läßt die eigentlichen Ursachen für den Sturz des mazedonischen Altkommunisten in der Gegenwart suchen. Ganz offiziell ist Jugoff der Fraktionsbildung angeklagt worden. Da sich die Auseinandersetzung nicht auf einen persönlichen

Machtkampf reduzieren läßt, muß man sich nach den wirklichen politischen Differenzen fragen, die die beiden Gruppen um Parteisekretär Gedor Schiwkoff und Ministerpräsident Jugoff entzweien.

Ein soziologischer Hinweis führt in die Wirtschaftspolitik. Die sich um den pragmatischeren Schiwkoff gruppierenden jüngeren Parteifunktionäre verlangten eine stärkere Versachlichung der Wirtschaftsverwaltung und Betriebsleitung. Insbesondere soll die politische Stellenbesetzung in der Wirtschaft zugunsten der Verwendung ausgebildeter Fachleute aufhören. Schiwkoff ist diesem Trend, der nicht nur in Bulgarien zu beobachten ist, mehr entgegengekommen als Altkommunist Jugoff, der in traditionsbefangener Denkweise die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollte. Die Zeit des Kommandierens, das sich vielleicht in Partisanenkampf bewährt hatte, geht auch in der kommunistischen Zentralwirtschaft zu Ende. Ganz unabhängig von dem tatsächlichen Dezentrierungsgrad, der unter der Parole einer grösseren innerparteilichen Demokratisierung nun auch Ausdruck in dem neuen Parteistatut der KPB gefunden hat, dürfte in Zukunft ein erster bewußter Schritt in dieser Richtung getan werden.

Der aussenpolitische Aspekt der bulgarischen Auseinandersetzung mag sensationell erscheinen, ist letztlich aber doch nicht entscheidend. Ein Anlass soll die Kuba-Krise gewesen sein. Der Altkommunist schien sich mit dem gemässigten Vorgehen Chruschtschows nicht zufrieden geben zu wollen und seine Anhängerschaft gegen die sowjetische Kubapolitik und zugleich den chruschtschowtreuen Parteisekretär Schiwkoff zu mobilisieren. Aber parallel zu der wirtschaftspolitischen Problematik mußte Jugoff auch in dieser Frage die jüngeren Parteikader gegen sich haben, die in erster Linie ihre eigenen Probleme gelöst wissen wollen und nicht die einer fernen Zuckerinsel im Karibischen Meer.

Jugoffs Sturz kann als Symbol für den von vielen Kommunisten unverstandenen Wandel gelten, der auch in der kommunistischen Welt seine soziologische Gesetzmässigkeit hat. Formal unverändert ist vorläufig jedoch noch die Tatsache, daß es heute wie zu Stalins Zeiten für die sich der neuen Parteilinie Widersetzenden keinen Platz in führenden Parteilinstanzen gibt. Freilich, die Konsequenzen parteiinterner Opposition bezahlt man heute bereits mit einem weit geringeren Preis als früher.